



WIRTSCHAFTSBEIRAT
BAYERN

Bayerns Weg in die Zukunft – mehr Freiheiten, neue Horizonte

Standortagenda für den Freistaat 2030

München, 16. Juni 2023

Ottostraße 5, 80333 München,

Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: info@wbu.de

Präsidentin: Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Generalsekretär: Dr. Johann Schachtner

Inhaltsverzeichnis

1.	Weniger Staat, mehr Freiheit für mehr Erfolg im Standortwettbewerb	3
2.	Innovationen schaffen und sichern Zukunft	4
	Ein High-Tech-Hub für die Verteidigungsindustrie, weil sie unsere Freiheit sichert.	4
	Bayern als Zentrum für KI, Big Data, die digitale Welt ausbauen, weil es Zukunft ist.	5
	Innovationen schneller in Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle umsetzen.	5
	Weitere Maßnahmen, um Innovationen auf breiter Front zu beschleunigen:	5
3.	Industrie, Mittelstand und Handwerk für den Wohlstand im Land halten	6
	Undurchdachte Chemikalienverbote (PFAS) korrigieren.	6
	Mittelstand gegen Cyber-Angriffe absichern.	6
	Wettbewerbsfähige Strompreise für die ganze Wirtschaft herstellen.	6
	Für mehr unternehmerische Freiheiten in Brüssel kämpfen.	7
	Weitere Maßnahmen, um Unternehmertum auf breiter Front zu fördern:	7
4.	Klima- und Energiepolitik nachhaltig gestalten	8
	Deutschland als einheitliche Strompreiszone erhalten.	8
	Die Kapazität an Gaskraftwerken um 70 Prozent und das Gasnetz ausbauen.	9
	Wasserstoffwirtschaft aufbauen: Erzeugungsanlagen und Transportinfrastruktur.	10
	Des Weiteren hält der Wirtschaftsbeirat Bayern folgende Maßnahmen für erforderlich:	10
5.	Smarte klimaneutrale Mobilität ermöglichen	11
	Infrastrukturprojekte schneller umsetzen.	11
	Infrastruktur für neue Antriebstechnologien zeitnah bereitstellen.	12
	Die bestehende Terminalinfrastruktur im kombinierten Verkehr ausbauen.	12
	Smarte Mobilität braucht die leistungsfähigsten digitalen Netze.	12
6.	Den Menschen Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten geben	12
	Erwerbsfreude fördern gesellschaftliche Beschäftigungsdynamik steigern.	13
	Das Wissen ist unser Trumpf – Bildung auf moderne Anforderung ausrichten.	13
	Gesteuerte Zuwanderung ausbauen, Migration in die Sozialsysteme stoppen.	13
7.	Kommunen, ländlicher Raum & regionale Projekte	14
	Bezahlbaren Wohnraum im ganzen Land ermöglichen.	15
	Moderne Kommunen, modernes Verwaltungshandeln fördern.	15
	Metropolregion München als Tor Bayerns in die Welt für den Freistaat.	16

1. Weniger Staat, mehr Freiheit für mehr Erfolg im Standortwettbewerb

Die Unternehmen in Deutschland wie in Bayern stehen vor den Herausforderungen Dekarbonisierung, Neuausrichtung der Globalisierung, Digitalisierung, Demografie und tiefgreifende geopolitische Umbrüche. Diese implizieren eine weitreichende Transformation der Wirtschaft. Wir haben ein Jahrzehnt des Strukturwandels vor uns.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland erodiert allerdings. In internationalen Standortrankings rutscht Deutschland immer weiter nach hinten. In der Digitalisierung sind wir mittelmäßig. Die Infrastruktur bröckelt. Andere Länder werden für Investitionen attraktiver. Wenn Linde von der Frankfurter Börse nach New York zieht und Biontec ein neues Forschungszentrum in Großbritannien statt in Deutschland baut, müssen wir das als Warnsignal ernst nehmen. Die Produktion der Industrie sinkt seit 2019 um 1,9 Prozent p.a. und liegt nur noch auf dem Niveau von 2007. In der Wachstumsdynamik fällt die Bundesrepublik gegenüber anderen Ländern ab. Damit Deutschland nicht wieder zum „kranken Mann Europas“ wird, müssen wir handeln.

Um unser Land für die Transformation bestens aufzustellen, ist auf Bundesebene eine ordnungspolitische Kehrtwende notwendig. Ausufernde Staatsschulden und politischer Interventionismus durch Regeln, Verbote, Subventionen und Transfers lähmen das ganze Land. Unternehmen, Arbeitnehmer und Haushalte wissen selbst am besten, wie sie ihre Herausforderungen bewältigen. Mit Vorgaben und Regulierungen bis ins Detail maßt sich der Staat ein Wissen an, das er nicht hat.

Die Komplexität der Transformation lässt sich erfolgreich bewältigen, wenn wir alle Kräfte, alle Kreativität der Gesellschaft und der Wirtschaft freisetzen. Das gelingt mit einer Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die auf Freiheit von Unternehmen, Arbeitnehmern und Verbrauchern im Wettbewerb auf dem Markt setzt. Dazu muss die Bundesregierung eine Wachstumsagenda vorlegen mit einer Unternehmenssteuerreform, Deregulierung und Bürokratieabbau, einer angebotsorientierten Energiepolitik, stabilen Staatsfinanzen, Stärkung des Eigentums, Vertrauen in Technologie und Marktwirtschaft. Es geht um niedrigere Kosten, mehr Beweglichkeit, mehr Tempo, mehr unternehmerische Freiheit, mehr Gestaltungswillen, mehr Technologieoffenheit und Zukunftsorientierung. Nicht ein übergriffiger Staat, sondern Freiheit ist die Leitlinie für unseren Weg in die Zukunft.

Bayern kann den Wettbewerb um die Zukunft von einer ausgesprochen guten Basis aus antreten. Was Bayerns Stärke ausmacht, sind erfolgreiche Global Player, internationale Technologiegiganten, mittelständische Weltmarktführer und innovative Handwerksbetriebe, eine starke Start-up-Szene und brillante Hochschul- und Forschungseinrichtungen. Das ist Ergebnis einer jahrzehntelangen Standortpolitik. Die High-Tech-Agenda hat neue innovationspolitische Meilensteine gesetzt. Zwar kann sich auch Bayern den bundespolitischen Rahmenbedingungen nicht entziehen. Was landespolitische Standortpolitik erreichen kann, zeigen aber Entscheidungen von Google, Microsoft und Apple für den Freistaat. Bayern ist ein hochattraktiver Technologie-Standort, der Wachstum und Zukunft managen kann. Daran gilt es, in der kommenden Legislaturperiode anzusetzen.

Uns leitet die Devise: Eine gesunde Gesellschaft gibt es nur mit einer gesunden Wirtschaft.

Eine leistungsfähige Wirtschaft ist die Voraussetzung für Wohlstand, Lebensqualität, Gesundheit, ein intaktes Klima, Nachhaltigkeit in allen Aspekten, für beste Bildung für unsere Kinder und für sozialen Frieden. Gute Zukunftsperspektiven schafft nicht der Staat alleine. Er muss Voraussetzungen schaffen und einen Rahmen, aber er muss den Menschen und Unternehmen Freiheit geben. Wir brauchen mehr Innovationsdynamik, mehr Unternehmertum, mehr berufliche Entfaltungsmöglichkeiten für die Menschen, eine effiziente und nachhaltige Energie- und Klimapolitik, smarte Mobilität, und ausreichende Spielräume für Kommunen und den ländlichen Raum. Es geht um mehr Freiheit für mehr Zukunft.

2. Innovationen schaffen und sichern Zukunft

Die Bayerische Wirtschaft war in den letzten Jahren so erfolgreich, weil Staatsregierung und Unternehmen für eine hohe Innovationskraft und -dynamik gesorgt haben. Der Freistaat hat eine Forschungs- und Hochschullandschaft auf internationalem Niveau und eine leistungsfähige Technologieinfrastruktur geschaffen. Die Unternehmen bis hinein in Mittelstand und Handwerk haben technologischen Fortschritt effizient in neue Produkte, Dienstleistungen, Prozesse, Betriebe und neue Märkte umgesetzt. Auch die anstehende Transformation der Wirtschaft müssen wir mit technologischen Innovationen meistern. Der Wirtschaftsbeirat Bayern empfiehlt folgende Maßnahmen.

Ein High-Tech-Hub für die Verteidigungsindustrie, weil sie unsere Freiheit sichert.

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie Deutschlands ist stark in Bayern konzentriert. Ihre technologischen Spitzenleistungen genießen weltweit einen hervorragenden Ruf. Sie trägt substantiell zu Wertschöpfung und Beschäftigung in Bayern bei. Im Krieg in der Ukraine schützt sie die Werte der liberalen Demokratie mit überlegenen innovativen Technologien. Ihre Kompetenzen und Kapazitäten sind ein wichtiger Trumpf unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Den dürfen wir nicht leichtfertig aus der Hand geben, wir müssen ihn stärken.

Bayern verfügt über ein einzigartiges Innovations-Ökosystem in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mit der TUM, der LMU und der Bundeswehruniversität, mit erfolgreichen Start-Ups in der Metropolregion München und in ganz Bayern, sowie den Unternehmen der bayerischen Verteidigungsindustrie aus allen Landesteilen. Die Grundlagen dieser Strukturen sind gezielt zu fördern damit Bayern durch die Kräfte von Markt und Wettbewerb zu einem führenden Tech-Hub Verteidigungsindustrie ausgebaut werden kann, analog zu Martinsried. Die Industrie ist bereit, einen gemeinsamen Innovationsfonds mit der Staatsregierung mitzufinanzieren, der Forschungskapazitäten und -projekte, Start-Up Projekte, Finanzierung von Start-Ups, Gründer Acceleratoren etc. tragen kann. Durch einen attraktiven Jobmarkt für Universitätsabgänger können auch Talente für Bayern gehalten und gewonnen werden.

Bayern als Zentrum für KI, Big Data, die digitale Welt ausbauen, weil es Zukunft ist.

Wenn die Technologiegiganten Google, Apple, Microsoft auf München und Bayern setzen, dann ist das ein Beleg für die Potenziale, die unser Land in KI, Big Data und der digitalen Welt bereits hat. Aber wir müssen mit den dynamischen Entwicklungen Schritt halten. Der Wirtschaftsbeirat Bayern schlägt vor, die Clusterpolitik des Freistaates zu überprüfen, zu konsolidieren und zu modernisieren. Höchste Priorität muss dabei der Auf- und Ausbau eines Clusters KI und Micro-Chips haben. Die Bestrebungen der EU, Halbleiterfertigung wieder stärker in Europa anzusiedeln, müssen als Chance für Bayern genutzt werden.

Innovationen schneller in Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle umsetzen.

Der Freistaat ist ein Technologiestandort erster Güte. Entscheidend ist aber auch die schnelle Umsetzung technologischen Fortschritts in konkrete Anwendungen. Die Staatsregierung muss dies stärker unterstützen, indem Verwaltung, Behörden und Kommunen als Vorreiter, auch als Kunden und Anwender, bei der Einführung neuer Technologien vorangehen, durch Bau und Förderung von High-Tech-Infrastrukturen, durch die Förderung der Anwendung neuer Technologien in Unternehmen und die Förderung von Start-up Acceleratoren in ganz Bayern. Damit digitale Anwendungen schneller in den Betrieben und Geschäftsmodellen ankommen, müssen auch Anwendungen wie Künstliche Intelligenz, Robotik, Automatisierung und Datenauswertung durch Förderprogramme unterstützt werden. Der Transfer von Forschungsergebnissen in die Unternehmen, v. a. in Mittelstand und Handwerk, kann zudem durch den Ausbau von Technologietransferzentren und Pilot- und Demonstrationsanlagen beschleunigt werden.

Weitere Maßnahmen, um Innovationen auf breiter Front zu beschleunigen:

- Ausbau Bayerns mit modernsten Kommunikations-, Internet-, IT-Infrastrukturen (u.a. konsequenter Glasfaserausbau, Abdeckung der Fläche mit 5G-Mobilfunk).
- Einfache, schnelle Genehmigungsverfahren für den Gigabit-Ausbau.
- Für die Entfaltung der Datenwirtschaft sind datenschutzrechtliche Hemmnisse abzubauen und für Unternehmen ist ein verlässlicher Rechtsrahmen zu schaffen.
- Mit Steuermitteln erhobene Daten sollten grundsätzlich in geeigneter Weise öffentlich zur Verfügung gestellt werden (Open Data).
- Forcierte Ansiedelung von Hightech-Unternehmen in Universitätsstädten Nord- und Ostbayerns, wie Nürnberg, Würzburg, Bamberg, Bayreuth, Regensburg, Passau etc.
- Innovations-Concierge als Ansprechpartner für Gründer und innovative Unternehmen, eine kostenlose Verwaltung- und Steuerberatung für die ersten 2 Jahre sowie ein Pairing-Programm zwischen Mittelstand und Startups kann die Gründerdynamik spürbar beleben.

3. Industrie, Mittelstand und Handwerk für den Wohlstand im Land halten

Wir brauchen die Unternehmen aus Industrie, Mittelstand und Handwerk, weil sie Wohlstand und Lebensqualität erwirtschaften. In kaum einem anderen Land hat die industrielle Produktion bis weit hinein in den Mittelstand mit rd. einem Viertel der Wertschöpfung eine vergleichbare Bedeutung wie für Deutschland. Sie bringt die wichtigsten und die meisten Innovationen hervor. Sie liefert zugleich die Lösungen für eine erfolgreiche Transformation der Wirtschaft. Personenunternehmen in Mittelstand und Handwerk, sind ein verlässlicher Stabilitätsanker im ganzen Land. Sie verkörpern die zentrale Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft - „Freiheit in Verantwortung und Mut zum Unternehmertum“ - in vorbildlicher Weise. Deshalb muss Standortpolitik immer auch auf die Existenz inhabergeführter Familienunternehmen abstellen.

Um Unternehmen aus Industrie, Mittelstand und Handwerk in Bayern Perspektiven zu geben, sie im Land zu halten und neue zu gewinnen, schlägt der Wirtschaftsbeirat Bayern folgende drei Maßnahmen vor:

Undurchdachte Chemikalienverbote (PFAS) korrigieren.

Die Pläne der EU, per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS) zu verbieten, sind weit überzogen und würden die industrielle Produktion schwer beeinträchtigen. Das bayerische Chemiedreieck in Südostbayern wäre wirtschaftlich substanziell bedroht. PFAS finden sich in der Halbleiterproduktion über die gesamte Lieferkette und in vielen Alltagsgütern. Sie sind unverzichtbar für Innovationen grüner Technologien. Die vorliegenden Pläne sind zu korrigieren und es ist eine langfristige Übergangsregelung notwendig. Die Industrie hat das Problem schon lange erkannt und betreibt die notwendige F+E für den Ersatz von problematischen Stoffen. Ein vollständiger Phase-out wird dennoch voraussichtlich Dekaden brauchen. Das Verbot von PFAS zu korrigieren, ist von zentralem bayerischem Interesse.

Mittelstand gegen Cyber-Angriffe absichern.

Viele mittelständische Firmen in Bayern werden Ziel von Cyber-Angriffen (sog. Ransomware-Attacken). Um die Widerstandsfähigkeit bayerischer Firmen gegen Cyber-Angriffe zu sichern, schlägt der Wirtschaftsbeirat Bayern vor, die Ressourcen des Wirtschaftsschutzes beim LfV aufzurüsten und ein Cyberabwehrzentrum Mittelstand einzurichten.

Wettbewerbsfähige Strompreise für die ganze Wirtschaft herstellen.

Die Diskussion über den Industriestrompreis offenbart die Sackgasse der deutschen Energiewende. Ein EU-weit gültiger Transformationsstrompreises in Höhe von 4 €ct/kWh ist für die Industrie als Not- und Übergangslösung erforderlich, um unmittelbar internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dennoch greift dies zu kurz und ist ordnungspolitisch nur zeitweise tolerierbar. Eine Beschränkung günstiger Strompreise auf große energieintensive Unternehmen ist zu wenig. Auch Mittelstand und Handwerk, die nicht weniger an zu hohen

Strompreisen leiden, brauchen ein adäquates Angebot. Mittelfristig ist über eine Ausweitung des Energieangebots unter Verzicht auf politische Technologievorgaben dafür zu sorgen, dass der Strompreis, am Markt im Wettbewerb gebildet, ohne Subventionen international wettbewerbsfähig ist.

Für mehr unternehmerische Freiheiten in Brüssel kämpfen.

Bayerns Wirtschaft profitiert in hervorragender Weise vom Binnenmarkt der EU. Gerade für Mittelstand und Handwerk sind die europäischen Partnerländer der beste Weg zur Globalisierung. Aus Brüssel kommt aber auch viel an Regulierung, die den Betrieben das Leben schwer macht:

- Das EU-Lieferkettengesetz ist für mittelständische Betriebe im Freistaat nicht zu schultern und muss dringend mittelstandsfreundlich korrigiert werden.
- Die EU-Taxonomie führt in der Praxis dazu, dass die Kreditvergabe über aufwändige und streitbehaftete Kennzahlen, was den Anteil Taxonomie-konformer Kredite betrifft, und deren Verwendung für bankaufsichtliche Zwecke gebremst wird. Für Investitionen in energieintensiven Branchen (Zement, Gas-Exploration etc.) oder im Rüstungsbereich wird die Finanzierung schwierig bis unmöglich. Korrekturen sind zwingend notwendig.
- Die Finanzierungskapazitäten der Kreditwirtschaft würden geschwächt, wenn über die Hintertür eines neuen Abwicklungsregimes die Einlagensicherungssysteme der Privatbanken (zusätzlich zum bestehenden europäischen Banken - Restrukturierungsfonds) angezapft würden und über eine Änderung der Insolvenzrangfolge die Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken ausgehöhlt würden. Das würde auch die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft in Bayern treffen und ist zu verhindern.

Weitere Maßnahmen, um Unternehmertum auf breiter Front zu fördern:

- Verfahren dauern auch in Bayern zu lange (u.a. Genehmigung von Neu- oder Ausbauplänen, allg. Antragsverfahren für Betriebsgenehmigungen, Auflagen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes). Der Wirtschaftsbeirat Bayern fordert, Antragsverfahren zu vereinfachen und Mehrfachdatenerhebung zu vermeiden, Steuerprüfungen zu beschleunigen und nichtnotwendige Regelungen abzuschaffen.
- Ein Praxis-Check und ein Mittelstandstest für neue Gesetzesvorhaben kann unnötige kontraproduktive Bürokratie im Ansatz verhindern.
- Eine vollständige Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in der kommenden Legislaturperiode kann wirksame Erleichterungen schaffen.
- Mittelständische Unternehmen können wirksam entlastet werden, wenn die Gewerbesteuer für Unternehmen unter 1 Mio. Euro Jahresumsatz ausgesetzt wird.

- Um die Unternehmenssubstanz von Familienbetrieben zu erhalten, soll Erbschaftssteuer über höhere Freibeträge (u.a. bei Immobilienbesitz) reformiert werden. U. a. muss auch die Neuregelung für die Bewertung von Immobilien zurückgenommen werden. Auf Dauer ist eine Regionalisierung mit dem Ziel einer vollständigen Abschaffung in Bayern anzustreben.
- Für den Tourismus gibt es in mehreren Bundesländern Bestrebungen, ein „Tourismusgesetz“ einzuführen, um dessen Finanzierung zu regeln. Damit die bayerischen Tourismusanbieter über mindestens vergleichbare Finanzierungsmöglichkeiten verfügen können, muss Bayern unter Einbeziehung der Tourismusbranche ein eigenes Tourismusgesetz auf den Weg bringen.

4. Klima- und Energiepolitik nachhaltig gestalten

Deutschland hat sich sehr ehrgeizige Klimaziele gesetzt. Die Unternehmen investieren nach Kräften in CO₂-neutrale Produkte und bieten innovative technologische Lösungen für mehr Klimaschutz an. Sie brauchen aber auch einen klaren verlässlichen Rahmen und gute Standortbedingungen. Klimapolitik wirkt nicht allein schon deshalb nachhaltig, nur weil man das Etikett Klima darauf klebt. Eine Flut staatlicher Verbote, Vorschriften und Vorgaben bis hin zur einzusetzenden Technologie schränkt die Unternehmen in ihren Möglichkeiten ein, verunsichert und wirkt kontraproduktiv. Nachhaltig ist nur, was nachhaltig wirkt. Das beste Instrument einer nachhaltigen Klimapolitik ist der Emissionshandel – er wirkt effektiv und effizient und garantiert die Einhaltung der Klimaziele zu günstigsten Kosten. Der Emissionshandel ist auszuweiten, klimapolitische Regulatorik und Subventionen sind im Gegenzug zurückzuführen.

Die Transformation der Wirtschaft kann ohne Wohlstandsverluste nur gelingen, wenn Versorgungssicherheit bei Energie garantiert und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Strompreise wieder hergestellt wird. Versorgungssicherheit heißt 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche. Wir brauchen wettbewerbsfähige Energiepreise auf ganzer Breite. Statt auf Verbote und Gebote zu setzen, gilt es, neue Möglichkeiten, neue Angebote zu schaffen, auf Marktkräfte, Wettbewerb und Technologieoffenheit zu vertrauen und Forschung und Entwicklung im Energiebereich zu fördern. Dazu muss der Staat die notwendigen standortpolitischen Voraussetzungen schaffen. In der Klima- und Energiepolitik schlägt der Wirtschaftsbeirat Bayern folgende Maßnahmen vor:

Deutschland als einheitliche Strompreiszone erhalten.

Die Arbeiten an einer Aufteilung Deutschlands in Strompreiszonen laufen in Brüssel weiter. Das ist für Bayern von höchster Brisanz und muss verhindert werden. Höhere Strompreise in Süddeutschland würden die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Bayern zusätzlich belasten und die Einführung eines Industriestrompreises konterkarieren. Wegen der innerdeutschen wirtschaftlichen Verflechtung und Lieferketten würde eine Aufteilung in

Strompreiszonen aber nicht nur den Süden der Republik, sondern ganz Deutschland schädigen.

Ziel muss es sein, die Engpässe im deutschen Stromnetz kurz- und mittelfristig zu beseitigen. Die Arbeiten laufen: Im Verteilnetzbereich wurden in Bayern allein 2022 rund 1300 Kilometer Leitungen neu- bzw. ausgebaut. Die beiden HGÜ SuedOstLink und SuedLink werden 2027 und 2028 fertiggestellt. Bis zur Implementierung neuer Strompreiszonen werden auch mindestens drei Jahre vergehen. Wenn aber bis dahin der Netz-Engpass zwischen Nord- und Süddeutschland beseitigt ist, ist ein neuer Strompreiszonen-Zuschnitt hinfällig.

Die Bundesregierung muss den Netzausbau weiter in Höchsttempo vorantreiben. Sie muss mit den Ländern ein gemeinsames Vorgehen mit den betroffenen Nachbarn abstimmen und der EU-Kommission in Brüssel vorstellen und glaubhaft darlegen, dass wir den Engpass beseitigen. Die Bundesregierung muss einen politischen Kompromiss in diesem Sinne erreichen, der sicherstellt, dass die deutsche Industrie nicht durch eine Aufteilung des Landes in mehrere Strompreiszonen gefährdet wird. Weil Bayern mit Baden-Württemberg von unterschiedlichen Strompreiszonen am stärksten betroffen ist, muss die Staatsregierung diesem Thema in ihrer bundespolitischen Agenda höchste Priorität geben. Es darf nur eine Strompreiszone in Deutschland geben.

Die Kapazität an Gaskraftwerken um 70 Prozent und das Gasnetz ausbauen.

Auch die neue Energiewelt braucht Versorgungssicherheit. Auf absehbare Zeit können jedoch weder erneuerbare Energien Versorgungssicherheit vollständig garantieren, noch werden Speicher in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Damit auch 2030 ausreichend gesicherte Leistung verfügbar ist, brauchen wir Gaskraftwerke, die auch mit Wasserstoff betrieben werden können, wenn dieser in großen Mengen zu wirtschaftlichen Bedingungen geliefert werden kann.

Für den Zubau von dieser Gaskraftwerkskapazität fehlt aber nach wie vor ein Konzept der Bundesregierung. Bundesminister Habeck will bis 2030 bis zu 25.000 MW zubauen. Bayern muss bis 2030 seine Gaskraftwerkskapazität von aktuellen 4.000 MW um weitere 2.800 MW steigern. Dabei sind Gaskraftwerke, die später mit Wasserstoff betrieben werden können, auf dem Markt derzeit noch nicht verfügbar. Die Anlagen müssen an geeigneten Standorten gebaut werden, da sie netz- und systemdienlich sein müssen und Redispatching-Kosten reduzieren sollen. Zudem müssen sie in der Nähe künftiger Wasserstoff-Leitungen errichtet werden. Für all das haben wir Ziele, aber es fehlen Konzepte. Die Bundesregierung muss ein solches Konzept vorlegen und Instrumente vorschlagen, mit denen ausreichend Anreize für den Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken geschaffen werden. Im Interesse Bayerns muss die Staatsregierung die Bundesregierung hier in die Pflicht nehmen und eigene Vorschläge auf den Tisch legen.

Wasserstoffwirtschaft aufbauen: Erzeugungsanlagen und Transportinfrastruktur.

Bayern wird mittel- bis langfristig Importeur von Wasserstoff sein. Es wird ein starker Anstieg der Nachfrage nach Wasserstoff in Bayern ab 2030 erwartet. Dieser Import ist notwendig, um den Wirtschaftsstandort Deutschland und unseren Lebensstandard zu erhalten. Im Einzelnen sind folgende Weichenstellungen notwendig:

- Schaffung eines überregionalen, internationalen Pipelinenetzes für Wasserstoff und zusätzlich für CO₂ zur stofflichen Verwertung großer unvermeidbarer Punktquellen.
- Schaffung eines bayerischen Wasserstoffnetzes, das bis spätestens 2030 die wichtigsten Großverbraucher mit Wasserstoff versorgen kann.
- Pläne für eine Entflechtung von Erdgas- und Wasserstoffnetzbetreibern sind zu stoppen. Vielmehr müssen das Gas- und Wasserstoffnetz als infrastrukturelle Einheit verstanden werden. Denn Gasnetzbetreiber haben das notwendige Wissen und nur mit ihrer Hilfe kann es gelingen, die Gasnetze wasserstofffähig zu machen bzw. neue Wasserstoffnetze zu bauen.
- Es ist eine belastbare globale Importstrategie zu entwickeln. Zugleich ist die lokale Wasserstoffherzeugung auszubauen. Mit Ländern, die aufgrund ihrer Geografie und ggf. sogar ihrer bestehenden Infrastruktur für die Herstellung von Wasserstoff aus regenerativen Energien prädestiniert sind, sind gemeinsam mit der bayerischen Energiewirtschaft Kooperationen über die Errichtung von Wasserstoffproduktions- und Transportanlagen zu vereinbaren und Lieferverträge abzuschließen.

Des Weiteren hält der Wirtschaftsbeirat Bayern folgende Maßnahmen für erforderlich:

- Kräftiger Ausbau der Erneuerbaren Energien bis 2030, u. a. über eine Verdreifachung der PV-Leistung auf 45 GW, Nutzung von 2 Prozent der Landesfläche für Windkraftwerke, Steigerung der Wasserkraftstromerzeugung um 10 Prozent.
- Schaffung eines leistungsfähigen Stromnetzes für den überregionalen Transport, aber auch zur Aufnahme und Verteilung des regional nachhaltig erzeugten Stroms. Dazu gehört auch der Ausbau der Grenzkuppelstellen.
- Ausweitung des Energieangebots, z.B. durch Nutzung noch funktionsfähiger Kernkraftwerke, Ausbau der heimischen Erdgasförderung.
- Ausbau der Fernwärmenetze und der Geothermie sowie Förderung der energetischen Sanierung von Gebäudehüllen und des Austausches fossil betriebener Heizsysteme.
- Weitere Elektrifizierung und Ausbau des Bahnverkehrs, Ausbau der bayerischen Wasserstraßen, Erweiterung des ÖPNV, Ausbau von Ladeinfrastruktur und Wasserstofftankstellen.

- Digitalisierung der Netze: u. a. durch den beschleunigten Einbau von Smart-Meter-Gateways und Sensoren, um das Flexibilisierungspotenzial der Verbraucher technisch zu ermöglichen und ökonomisch attraktiv zu machen.
- Neuausrichtung der Netzentgelte, so dass Speicher und ein flexibler Strombezug (Verschiebung von Lastspitzen) belohnt werden. Dies entlastet das Gesamtsystem und reduziert auch den physischen Ausbaubedarf der Stromnetze, was wiederum die Netzentgelte und somit den Strompreis verringert.
- Entwicklung von Bayern zum führenden Forschungsstandort für alle Energietechnologien, auch für moderne Kern-Technologie.
- Zur schnellen Entlastung der ganzen Wirtschaft: Senkung der Stromsteuer auf das europarechtliche Mindestniveau.

5. Smarte klimaneutrale Mobilität ermöglichen

Die Rolle Bayerns Bayern als führender Wirtschaftsstandort steht und fällt mit einer modernen leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur bei allen maßgeblichen Verkehrsträgern. Mobilität muss klimaneutral sein. Die Menschen müssen ihren Wunsch nach Mobilität aber auch leben können. Das gilt für Metropolregionen genauso wie für den ländlichen Raum und ist ein Gebot des Zieles, für gleichwertige regionale Entwicklungen im ganzen Land zu sorgen. Höchste Mobilität ist zudem entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Sicherung nationaler und internationaler Wertschöpfungsketten. Wir dürfen Mobilität nicht unnötig politisch beschränken. Wir müssen im Gegenteil höchste Mobilität klimaneutral ermöglichen. Auch hier gilt: Mobilität muss konsequent in den Emissionshandel einbezogen werden. Im Gegenzug sind politische Interventionen zurückzuführen. Der Wirtschaftsbeirat Bayern plädiert dafür, den Schwerpunkt auf folgende Maßnahmen zu legen:

Infrastrukturprojekte schneller umsetzen.

Wir müssen den Wunsch nach Mobilität ermöglichen und dürfen ihn nicht beschränken. Der Gesamtverkehr in Deutschland wird bis zum Jahr 2051 noch einmal stark wachsen. Allein der Güterverkehr wird von 679 Milliarden Tonnenkilometer auf 993 Mrd. Tonnenkilometer zunehmen. Wir müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen und entbürokratisieren, damit wir Infrastruktur bei allen maßgeblichen Verkehrsträgern bedarfsgerecht erhalten und zügig ausbauen können. Dies gilt insbesondere auch für den Neu- und Ausbau von LKW-Stellplätzen an den Autobahnen. Der Nordzulauf auf der Schiene zum Brennerbasistunnel ist in seiner Planung und Umsetzung prioritär zu behandeln. Ebenso ist die Anbindung des Flughafens München an den Schienenpersonenfernverkehr mit ICE-Halt voranzutreiben.

Infrastruktur für neue Antriebstechnologien zeitnah bereitstellen.

Der Verkehr in Deutschland soll bis zum Jahr 2030 seine CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um fast 50 Prozent senken. Dies wird nur möglich sein, wenn jetzt die Bereitstellung einer Versorgungsinfrastruktur mit alternativen Energien, wie Strom und Wasserstoff in Angriff genommen wird. Gleichzeitig dürfen auch alternative Kraftstoffe wie z. B. HVO, e-Fuels und Bio-LNG nicht vernachlässigt werden.

Die bestehende Terminalinfrastruktur im kombinierten Verkehr ausbauen.

Wo sinnvoll, muss die bestehende Terminalinfrastruktur des kombinierten Verkehrs Schiene/Straße und Binnenschiff/Straße ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere für den alpenquerenden Verkehr über den Brenner. Der Brennerbasistunnel allein nützt nur begrenzt, wenn es für bayerische Transportlogistikunternehmen an Umschlagsmöglichkeiten an ihrem Heimatstandort fehlt.

Smarte Mobilität braucht die leistungsfähigsten digitalen Netze.

Auch für eine bessere klimaneutrale Mobilität ist Informations- und Kommunikationstechnologie schnell und nachhaltig auszubauen. Um das automatisierte und (teil) autonome Fahren schnell voranzubringen, ist ein rascher und nachhaltiger Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologie zu gewährleisten. Eine flächendeckende Versorgung mit 5G-Mobilfunktechnik und Glasfaser-Übertragungstechnik ist dafür zwingend erforderlich.

6. Den Menschen Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten geben

Globalisierung, Digitalisierung, Dekarbonisierung verändern die Lebens- und Arbeitswelten der Menschen grundlegend mit ganz neuen Herausforderungen und Entfaltungsmöglichkeiten. Allerdings wird der Engpass an Arbeitskräften infolge der demografischen Entwicklung zu einer ernststen Wachstumsbremse nicht nur für den Wohlstand unserer Gesellschaft, sondern auch für die Tragfähigkeit der Sozialen Sicherungssysteme. Zugleich führen Künstliche Intelligenz, Datenökonomie, Chat GPT etc. zu weitreichenden Veränderungen der Arbeitswelt. Auch hier gilt: Herausforderungen sind Chancen. Auch in einer digitalen Welt wird uns die Arbeit nicht ausgehen. Es wird bessere Arbeit, modernere Arbeit, produktivere und erfüllende Arbeit sein. Die neuen technologischen Möglichkeiten bieten nicht zuletzt für die Menschen großartige Perspektiven Arbeitszeit und private Zeit vielfältiger und flexibler zu gestalten. Es kommt darauf an, was man draus macht.

Diese neuen Chancen dürfen wir nicht durch überzogene Regulierungen einschränken. Es gilt im Gegenteil, die Menschen zum Wandel zu befähigen. Es gilt, den Unternehmen Möglichkeiten zu eröffnen, um neue Arbeitswelten zu erschließen. Wir müssen den Menschen wie den Unternehmen Flexibilität und Freiräume verschaffen, damit sie selbst die großen

Chancen des Wandels für sich und die Gesellschaft nutzen können. Der Wirtschaftsbeirat Bayern hält folgende Ansätze für vordringlich.

Erwerbsfreude fördern gesellschaftliche Beschäftigungsdynamik steigern.

Nach wie vor bestehen große Erwerbspotenziale in unserer Gesellschaft selbst, die wir zur Behebung des Kräftemangels mobilisieren können. Niedrigere Steuern und niedrigere Abgaben sind ein starker Anreiz, wieder mehr zu arbeiten. Wenn Familien sich auf eine gesicherte Pflege- und Kinderbetreuung verlassen können, lassen sich Familie und Beruf noch besser miteinander vereinbaren, das hilft nicht zuletzt Frauen. In einer dynamischen Welt brauchen Betriebe wie Mitarbeiter gute Rahmenbedingungen für flexible Arbeitszeiten (Höchst- und Ruhezeiten). Die Zeiten mit der Philosophie „eine Regelung für Alle“ sind längst vorbei. Feste Vorschriften, wie z. B. einer 4-Tage-Woche oder feste Tagesarbeitszeiten entsprechen nicht der wirtschaftlichen Wirklichkeit und den Wünschen der Mitarbeiter. Flexible Regelungen braucht unsere Zeit. Eine höhere Erwerbsquote älterer Menschen lässt sich durch eine weitere Flexibilisierung des Renteneintrittsalters erreichen, während die Rente mit 63 wieder abzuschaffen ist.

Das Wissen ist unser Trumpf – Bildung auf moderne Anforderung ausrichten.

Um den Anforderungen der digitalen Welt besser zu entsprechen, muss das Interesse an den MINT-Fächern in der akademischen Ausbildung gesteigert werden. Da Bayern nicht nur Akademiker, sondern auch Handwerker braucht, muss die berufliche Bildung noch stärker gefördert werden und die hervorragenden Perspektiven im Handwerk müssen adäquat herausgestellt werden. In den Lehrplänen der Schulen muss Wirtschaft ein stärkeres Gewicht erhalten. Digitalisierung macht es unabdingbar, dass Kindern bereits in den Schulen ausreichend Medienkompetenz vermittelt wird. Mit Chat GPT steigen auch die Anforderungen an das Bildungswesen enorm. Darauf muss Bildung zügig Antworten entwickeln. Schulunterricht selbst muss digitaler werden.

Gesteuerte Zuwanderung ausbauen, Migration in die Sozialsysteme stoppen.

Die Integration ausländischer Arbeitskräfte stellt eine große Chance dar, unsere Wohlstandsgeschichte fortzuschreiben. Dabei ist sicherzustellen, dass Deutschland nur Arbeitskräfte aus dem Ausland aufnimmt, die es auch integrieren kann. Eine Zuwanderung in die Sozialsysteme wäre kontraproduktiv. Davon unberührt bleiben Asylrecht und Asylverfahren, die für sich zu behandeln sind.

Der Zugang für qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Bayern ist zu erleichtern und attraktiver zu gestalten. Zu einer gesteuerten und qualifizierten Zuwanderung gehören folgende Elemente:

- Es sind Einwanderungszentren in aller Welt und vor allem an den Außengrenzen der EU zu schaffen. Bereits hier ist Klarheit über eine Zugangszusage zu schaffen. Hier sollen aber

auch Information vermittelt werden, Hilfen, Schulungen und Ausbildungen in benötigten Berufen wie vor allem auch der deutschen Sprache angeboten werden.

- Die Ausländerbehörden Deutschlands in aller Welt einschließlich der Goethe-Institute sollen zu Willkommenszentren weiterentwickelt werden.
- Nach dem Vorbild Bayerns in Albanien sollen weitere Anwerbezentren im Ausland aufgebaut werden.
- Eine schnellere Anerkennung von Abschlüssen ermöglicht Zuwanderern einen schnelleren Eintritt ins Berufsleben und die Eingliederung (z.B. Ukraine-Flüchtlinge).
- Schnellere Genehmigungsschritte für Immigranten in den Arbeitsmarkt und Unterstützung bei der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte.
- Die Blue-Card Regelung ist auf nicht akademische Berufe auszuweiten.
- Ein innovationsfreundlicher Rechtsrahmen und ein innovationsfreundliches gesellschaftliches Klima helfen, um hochkarätige Forscher, Fachkräfte, Unternehmen und Investitionen anzuziehen.
- Neuen Mitarbeitern müssen wir mit einer Willkommenskultur begegnen, die auch Ihre Familien miteinschließt, z. B. auch durch ausreichende internationale Schulen und Hilfen bei Behördengängen.
- Die Visavergabe an Bewerberinnen und Bewerber aus Drittstaaten muss erleichtert und beschleunigt werden. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um das geforderte Sprachniveau im Laufe des Arbeitsverhältnisses im Inland zu erwerben und nicht bereits mitbringen zu müssen.
- Die Anerkennung einschlägiger Qualifikationen der Zuwanderer, die im Drittstaat erworben wurden, ist zu erleichtern.
- Die Bereitstellung von Wohnraum durch die Arbeitgeber an ausländische Fachkräfte muss steuerlich gefördert werden.

7. Kommunen, ländlicher Raum & regionale Projekte

Auch die Kommunen im ländlichen Raum wie die Metropolregionen München und Nürnberg sind vielfältigen Herausforderungen ausgesetzt: Zu wenig bezahlbarer Wohnraum, zu hohe Wohnungs- und Mietpreise, dringender Bedarf an qualifizierten Fachkräften, unzureichende ÖPNV-Verbindungen zu Arbeits- oder Schulorten, notwendiger Netzausbau für Erneuerbare Energien, Sicherung der regionalen Gesundheitsversorgung einschließlich der Vorhaltung von Krankenhäusern. Im Einzelnen schlägt der Wirtschaftsbeirat Bayern folgende Maßnahmen vor:

Bezahlbaren Wohnraum im ganzen Land ermöglichen.

Auch im Mietbereich und im Wohnungsbau gilt: Ausreichend Wohnungen, günstigere Mieten, und erschwinglichere Immobilienpreise gibt es nur, wenn mehr gebaut wird, mehr Wohnraum angeboten wird, Steuern und Abgaben gesenkt, bürokratische Auflagen reduziert, Verfahren beschleunigt werden. Der Wirtschaftsbeirat Bayern schlägt vor:

- Für schnellere und unbürokratischere Baugenehmigungsverfahren sind diese zu von überzogenen Vorgaben des Vergaberechts bei öffentlichen Auftraggebern zu entschlacken.
- Damit Vermieter nicht wegen der Erbschaftssteuer zum Verkauf gezwungen werden, werden Erben von vermieteten Immobilien von der Erbschaftssteuer befreit, wenn die Mieten nicht mehr als 10 Prozent oberhalb des jeweiligen Mietspiegels liegen und sie sich verpflichten die Mieten analog z. B. zur Münchner Abwendungserklärung zu erhöhen und keine Eigenbedarfskündigungen durchzuführen sowie innerhalb von 20 Jahren nicht zu verkaufen. Sollte ein Verkauf doch stattfinden, ist die Erbschaftssteuer mit Strafzinsen nachzuzahlen.
- Ein wesentlicher Treiber für hohe Baukosten ist die beträchtliche Wertsteigerung, die Grundstücke vor allem in Ballungsräumen aus dem Zusammenwirken begrenzter Flächen und starker Nachfrage erfahren. Um die Dynamik dieser Bodenwertsteigerung aufzufangen, schlägt der Wirtschaftsbeirat Bayern vor, eine unabhängige Expertenkommission einzusetzen, die ordnungspolitisch tragfähige Lösungen erarbeiten soll, wie diese Wertsteigerung mit marktwirtschaftlichen Werkzeugen gebremst werden kann oder zumindest zur Senkung der Gestehungskosten beigetragen werden kann.
- Wohneigentum sichert den Nutzer nicht nur gegen Mietsteigerungen ab, es stellt auch eine wichtige Säule der Vorsorge für den Ruhestand und den Aufbau von Privatvermögen dar, wie wir das aus den meisten anderen europäischen Ländern kennen, die Deutschland in beiden Bereichen weit voraus sind. Sowohl der Bund als auch das Land müssen Programme zur Förderung von privatem, selbst genutztem Wohnungseigentum auflegen. Von der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zinsen, über Erleichterungen bei der Grunderwerbs- und Erbschaftsteuer bis hin zu direkten Fördermitteln (Subjektförderung) sind viele Ansätze notwendig.
- Die Staatsregierung soll kommunale Wohnbauprojekte noch stärker unterstützen.

Moderne Kommunen, modernes Verwaltungshandeln fördern.

Bayerns Kommunen sichern im ganzen Land beste Standortbedingungen vor Ort.

- Für attraktive Städte brauchen die Kommunen einen Rahmen für ein effektives Parkraumanagement. Dazu soll die Staatsregierung die Gebührenordnung für das Parken wie folgt reformieren: danach können Kommunen die Gebühren selbst festlegen, nach

einem vorgegebenen Rahmen, der u. a. die Höhe der maximalen Jahresgebühr für Anwohnerparken in Abhängigkeit von Kriterien (z.B. Flächenverbrauch pro Fahrzeug, CO₂-Emissionen etc.) und Ausnahmen für Handwerker und Sozialberufe festlegt. Die Einnahmen sind zweckgebunden für den Bau von Quartiersgaragen und für die Aufwertung des Straßenraums zu verwenden.

- Für die Finanzierung kommunaler Strukturen im Sinne der Daseinsvorsorge wie zum Ausbau der ländlichen Infrastruktur, des ÖPNV oder auch von Programmen zur Mitarbeitergewinnung (Gesundheitsregion, Pflegekräftestärkungsgesetz, adäquate Bezahlung der Fachkräfte sicherstellen), etc. ist ein ausreichendes Finanzierungsmodell vorzuhalten.
- Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist einfacher zu gestalten. Die Pflicht der öffentlichen Hand Einzelvergaben zu machen, sollte abgeschafft werden. Es sollte eine zentrale digitale Plattform für die Veröffentlichung aller öffentlichen Ausschreibungen im Freistaat etabliert werden. Bewerber können die Ausschreibungsmodalitäten per Filter abfragen und bekommen so schneller Zugang zu passenden Aufträgen. Nach abgeschlossener Ausschreibungsbewerbung bleiben die erfüllten Erfordernisse im System gespeichert, sodass Bewerber auf ähnliche Ausschreibungen hingewiesen werden können.
- Der Freistaat führt ein Mobilitätsbudget ein, in dessen Rahmen Kommunen den öffentlichen Raum fair bepreisen können. Jeder Bürger erhält in Gebieten, die ein solches System umsetzen, ein Mobilitätsbudget, über dessen Verwendung – ÖPNV, MIV, Rad, Auto, Fußwege – er frei entscheiden kann. Parallel wird für Kommunen die Möglichkeit geschaffen, Straßenbenutzungsgebühren zu erheben, aus denen das Mobilitätsbudget finanziert wird.

Metropolregion München als Tor Bayerns in die Welt für den Freistaat.

Die Metropolregion München hat für ganz Bayern eine zentrale Ausstrahlungsfunktion wie auch Nürnberg und Augsburg für die jeweiligen Großregionen. Diese gilt es, in ihrer jeweiligen Rolle für das ganze Land zu befähigen.

- Die Metropolregion München muss vernetzter agieren und planen können, um attraktiv zu bleiben. Die Staatsregierung schafft einen Regierungsbezirk München für die kreisfreie Stadt München und die angrenzenden Landkreise. Die Befugnisse der Stadt- und Verkehrsplanung werden auf den regionalen Planungsverband übertragen, dieser den Grenzen des Bezirks München angepasst und diesem unterstellt. Dies ermöglicht übergreifendes Agieren, insbesondere eine koordinierte Stadt- und Verkehrsplanung.
- München und das nördliche und östliche Umland sind vom Durchgangsverkehr zu entlasten und für den Güterverkehr fit zu machen. Die Staatsregierung sorgt dafür, dass das Projekt A99 Süd in den weitgehend unterirdisch verlaufenden Varianten B1 und B2 wieder in den Bedarfsplan für Bundesverkehrswege aufgenommen wird. Dies entlastet das südliche Stadtgebiet von München schätzungsweise um 25.000 Fahrzeuge pro Tag. ■